



„Es lebe Europa“

Mit einer emotionalen Rede im EU-Parlament versuchte von der Leyen ihre Kritiker zu überzeugen und von Klimaschutz bis Sozialpolitik alles hineinzupacken.

Foto: AFP/Florian

Straßburg – Mit einer engagierten und teils persönlich gefärbten Rede in Französisch, Deutsch und Englisch hat Ursula von der Leyen im Europaparlament für ihre Wahl zur nächsten EU-Kommissionspräsidentin geworben. Die Brüsseler Behörde will sie mit der „Courage und Kühnheit“ von Pionierinnen führen. „Aufstehen für unser Europa“ lautete die Aufforderung der deutschen CDU-Politikerin und siebenfachen Mutter gestern Vormittag in Straßburg. Von der Leyen

„Lassen Sie uns gemeinsam mutig sein für die EU.“

Ursula von der Leyen
(Nächste Kommissionspräsidentin)

kündigte an, die Einheit Europas gegen Versuche der Spaltung und globale Herausforderungen zu verteidigen. Sie bezeichnete sich als „leidenschaftliche Kämpferin“ für die Europäische Union – „wer Europa schwächen will, findet in mir eine erbitterte Gegnerin“, so von der Leyen, die mit den Worten „Es lebe Europa“ ihre Rede schloss und dafür Applaus und Standing Ovationen erhielt.

Von der Leyen machte vor dem Europaparlament in Straßburg weitreichende Zu-

sagen für ein klimaneutrales, soziales und geeintes Europa. Zudem setzte sie sich für Geschlechtergerechtigkeit und stärkere Rechte des Parlaments ein. Von den Christdemokraten und den Liberalen erhielt sie regen Zuspruch. Auch die Mehrheit der Sozialdemokraten im Europaparlament sprach sich gestern am späten Nachmittag nach langem Zögern für die Wahl der deutschen CDU-Politikerin aus – was ihre Erfolgsaussichten knapp vor der Abstimmung um 18 Uhr wesentlich verbesserte. Linke und Vertreter der Rechten winkten ab. Aber auch hier bot sich vor der Abstimmung kein ein-

heitliches Bild. Bei den Rechten haben im Vorfeld Italiens Lega und auch die rechtsnationale polnische PiS (sie gehören freilich unterschiedlichen Fraktionen im Europaparlament an) ihre Unterstützung für von der Leyen angedeutet. Auch bei den Grünen gab es positive Reaktionen.

Im Europawahlkampf war von der Leyen nicht als Spitzenkandidatin angetreten. Eigentlich war vorgesehen, dass der Kommissionspräsident aus dem Kreis der Spitzenkandidaten gewählt wird. Von ihnen konnte sich aber keiner durchsetzen. Die Staats- und Regierungschefs nominierten daher nach langem Ringen

die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen für das Amt. Diese Abkehr vom Spitzenkandidatenprinzip stieß im Parlament auf viel Kritik.

In ihrer Rede beschwor von der Leyen Einheit und Zusammenhalt, damit Europa sich in der Welt behaupten könne. Dann wiederholte sie eine ganze Reihe von Zusagen, die sie bereits in den vergangenen Tagen an die Abgeordneten gemacht hatte, und unterfütterte sie mit Details. So bekräftigte sie ihr Versprechen eines klimaneutralen Europas bis 2050 und einer Senkung der Treibhausgasemissionen um 55 Prozent bis 2030. „Un-

sere drängendste Aufgabe ist es, unseren Planeten gesund zu halten“, erklärte von der Leyen. Sie betonte zudem, sie werde sich für vollständige Gleichberechtigung von Männern und Frauen einsetzen. Große Internetkonzerne sollen nach ihrem Willen in Europa stärker besteuert werden: „Es ist nicht akzeptabel, dass sie Profite machen und keine Steuern zahlen.“ Und sie fand letztlich auch klare Worte zur Rechtsstaatlichkeit in der EU. Hier könne es keine Kompromisse geben, erklärte sie und schlug einen neuen Rechtsstaatsmechanismus vor. Sie schloss auch eine weitere Verschiebung des Brexits nicht aus – was Protestrufe der Brexit-Partei auslöste. Eine Verlängerung der Austrittsfrist für Großbritannien wäre möglich, wenn es gute Gründe gäbe, sagte sie. Ihre politischen Leitlinien legte von der Leyen in einem mehr als 20-seitigen Dokument dar, das am Dienstag zur Parlamentsabstimmung veröffentlicht wurde. Es trägt die Überschrift „Eine Union, die mehr erreichen will – Meine Agenda für Europa“.

Übrigens: CDU-Chefin Angelmer Kramp-Karrenbauer wird Ursula von der Leyen überraschend als deutsche Verteidigungsministerin ablösen. (dpa, jec)

Die Kompromisskandidatin

Brüssel – Drei Tage brauchen die Staats- und Regierungschefs Ende Juni, um das Personalpaket zu schnüren. Es ging um die Präsidenten von Kommission, Parlament, Rat und Zentralbank sowie den Außenbeauftragten. Das Paket sollte ausgewogen sein nach Parteifamilien, Geschlechtern und Regionen. Für die ersten Vorschläge gab es keine Mehrheit, es drohte eine Blockade. Dann schlug

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor, die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – eine Vertraute von Kanzlerin Angela Merkel – zur Kommissionschefin zu machen. Das funktionierte.

Die Staats- und Regierungschefs freuten sich, ein mehrheitsfähiges Paket gefunden zu haben. Doch im EU-Parlament fühlten sich viele übergangen. Für Irritation sorgte zudem, dass

von der Leyen auch die Favoritin der Nationalkonservativen gewesen war.

Ratspräsident wurde der Belgier Charles Michel, EZB-Präsidentin die Französin Christine Lagarde. Das EU-Parlament wählte den Italiener David Sassoli zum Präsidenten und folgte damit dem Vorschlag des Gipfels, den Job an die Sozialdemokraten zu vergeben. Außenbeauftragter soll der Spanier Josep Borrell werden. (TT)

Ein Warnschuss für von der Leyen

Österreich sollte auch eine Frau als Kommissarin nominieren, empfiehlt der EU-Experte Andreas Maurer.

Ursula von der Leyen hat im EU-Parlament eine knappe Mehrheit bekommen. Was heißt das für Europa?

Andreas Maurer: Das ist als Zeichen zu verstehen, dass das Parlament eine Reihe an Forderungen hat. Von der Leyen steht nun in der Pflicht, sehr genau darauf zu achten, wie sie das Team der Kommission bestellt. Sie hat ja angekündigt, Geschlechterparität herzustellen – und dass jeder Staat eine Frau und einen Mann benennen soll, damit sie bei der Auswahl freie Hand hat. Sollte von der Leyen in diesem Punkt gegenüber den Mitgliedstaaten klein beigeben, dann gehe ich davon aus, dass es bei der Abstimmung über die gesamte Kom-

mission im Herbst eher zum negativen Votum kommt.

Heißt das, auch Österreich sollte nachbessern und neben Johannes Hahn eine Frau ins Rennen schicken?

Maurer: Die Bundesregierung wäre gut beraten, das gleich von sich aus zu machen. Die Hearings der Kandidaten, die Einteilung der Portfolios und das Arbeitsprogramm der Kommission wird ja jetzt alles parallel verhandelt. Wenn ein Staat nur eine Person benennt, und diese eine Person ist ein Mann, dann darf sich dieser Staat nicht wundern, wenn sein Kommissionsmitglied kein wichtiges Portfolio bekommt, oder wenn er irgendwann aufgefordert wird, eine neue Person zu benennen.



Andreas Maurer lehrt und forscht an der Uni Innsbruck zum Thema Europäische Integration. Foto: Friedle

Die knappe Mehrheit ist also als Warnschuss des Parlaments zu verstehen?

Maurer: Das ist ein Warnschuss. Er führt dazu, dass von der Leyen mit dem Parlament sehr präzise verhandeln muss. Sie kann sich nicht darauf ver-

lassen, dass sie mit den Mitgliedstaaten Kommissionskandidaten aufstellt und die dann im Parlament einfach durchgehen. Das wird mit Sicherheit nicht passieren.

Damit setzt sich der Machtkampf zwischen den EU-Institutionen jetzt fort.

Maurer: Der wird jetzt ernst. Bisher war das viel Säbelraseln, bei dem es darum ging, an der Person von der Leyen festzumachen, dass das Parlament mit der Auswahl der Kommissionspräsidentin nicht zufrieden ist. Dafür kann sie selbst ja nichts. Aber alles, was jetzt passiert, sind Entscheidungen, die sie selbst verantwortet und für die sie Rechenschaft ablegen muss.

Überwiegt jetzt für von der

Leyen, dass sie es doch geschafft hat? Oder überwiegt, dass sie nach dem sehr knappen Ergebnis um ihre Kommission ringen muss?

Maurer: Sie muss ringen. Und sie muss sich daran orientieren, dass es im Parlament in den Fraktionen sehr unterschiedliche Sichtweisen über ihr Arbeitsprogramm gibt. Sie kann sich dabei nicht mehr auf die Mitgliedstaaten verlassen, sondern sie muss das als Einzelperson, als Gestalterin und als Kompromissmacheerin arrangieren. Darüber wird im Herbst im Parlament abgestimmt. Dann steht sie auch selbst nochmal zur Wahl.

Das Gespräch führte
Floo Weißmann

Von der Leyens Versprechen

Nach ihrer Nominierung als Kommissionspräsidentin hat Ursula von der Leyen in aller Eile ein Programm für Europa erstellt, das ihr eine Mehrheit im EU-Parlament sichern sollte. Allerdings kann die Kommission in den meisten Bereichen nur Vorschläge machen und dafür werben. Für Beschlüsse sind die Staats- und Regierungschefs und – in den meisten Bereichen – auch das EU-Parlament zuständig. Auswahl ihrer Ankündigungen:

Klimapolitik: Europa soll bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Ein Grüner Deal für Europa soll u. a. enthalten: Ausweitung des Emissionshandels, eine CO₂-Grenzsteuer (gegen die Verlagerung von Emissionen), Fördermittel für besonders betroffene Menschen und Regionen und den Umbau der Europäischen Investitionsbank zu einer Klimabank.

Sozialpolitik: Von der Leyen will u. a. einen Mindestlohn in jedem EU-Land, der vor Ort „einen angemessenen Lebensstandard“ ermöglicht, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung und eine Garantie gegen Kinderarmut.

Wirtschaftspolitik: Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) sollen von weniger Verwaltung und einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion samt Bankenunion profitieren. Für Frauen will von der Leyen eine Gleichstellungsstrategie sowie Quoten in Leitungsgremien.

Steuerpolitik: Von der Leyen will dafür sorgen, dass die einzelnen Steuersysteme besser aufeinander abgestimmt werden. Wo Gewinne erwirtschaftet werden, dort sollen sie auch über Steuern und Abgaben zum Sozialnetz und zur örtlichen Infrastruktur beitragen. Das betrifft auch IT-Konzerne.

Digitalpolitik: Europa soll ein Konzept für den Umgang mit künstlicher Intelligenz erhalten sowie eine gemeinsame Cyber-Einheit für den Kampf gegen Gefahren im Netz.

Rechtsstaatlichkeit: Von der Leyen unterstützt den Vorschlag, die Vergabe von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung von Rechtsstaatsstandards zu knüpfen.

Migrationspolitik: Von der Leyen will u. a. einen neuen europäischen Asyl- und Migrationspakt vorschlagen und dabei auch die Dublin-Asylregeln reformieren. Details blieb sie vorerst schuldig. Geplant sind weiters ein stärkerer Außengrenzschutz, mehr Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern sowie eine europäische Regelung für Such- und Rettungseinsätze.

Handelspolitik: Weitere Handelsabkommen sollen Europas Wohlstand erhöhen. Kritikern verspricht von der Leyen mehr Transparenz und eigene Kapitel zu Standards bei Klima-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz in jedem Abkommen.

Außenpolitik: Damit Europa in der Welt führen kann, soll in der Außen- und Sicherheitspolitik das Einstimmigkeitsprinzip gekippt werden (wie übrigens auch in der Klima-, Energie-, Sozial- und Steuerpolitik). Außerdem will von der Leyen eine umfassende Strategie für Afrika, „unseren engen Nachbarn und natürlichsten Partner“.

Demokratie: Von der Leyen will eine Bürgerkonferenz zur Zukunft Europas veranstalten. Das EU-Parlament soll europäische Gesetze anstoßen können. Außerdem stellt sich von der Leyen hinter das Spitzenkandidatenprinzip. (floo, dpa)